

Edathy: Rechtsstaat hat Versprechen gebrochen

Extremismus Politiker spricht über NSU-Terror

Von unserem Redakteur
Frieder Bluhm

■ **Kreisstadt.** Dass nationalsozialistische Umtriebe mitten in der Gesellschaft erstarken können, weiß man im Kreis Ahrweiler spätestens, seit das sogenannte Braune Haus in Bad Neuenahr am 13. März 2012 von einem Einsatzkommando der Polizei gestürmt wurde. Mit Sebastian Edathy war jetzt am Peter-Joerres-Gymnasium (PJG) ein Politiker zu Gast, den die Frage, wie solche Radikalisierung möglich ist, seit Monaten intensiv beschäftigt. Der 43-Jährige ist seit 2012 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des Bundestags zur Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Zehn Morde gehen auf ihr Konto. Der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere mutmaßliche Unterstützer der Terrorzelle wird zurzeit vor dem Oberlandesgericht München verhandelt. Davon sei die Arbeit des Untersu-

chungsausschusses zu unterscheiden, machte Edathy vor PJG-Schülern und Soldaten der Bonner Hardthöhe deutlich. Das Gericht habe die individuelle Schuld der Angeklagten zu klären. „Uns geht es um die Frage der politischen Verantwortung“, sagte der SPD-Politiker. Die fraktionsübergreifende Geschlossenheit habe den Ausschuss starkgemacht. Geeint habe die Abgeordneten „echtes Entsetzen“ über die Tatsache, wie es möglich war, dass Menschen in die Illegalität abtauchen und raubend und mordend durch die Republik ziehen konnten, und die Frage, wie solches „beispielloses Behördenversagen“ zu erklären sei.

Edathy hält drei Faktoren für ausschlaggebend. Zum einen habe die Kommunikation zwischen den Behörden versagt. Zum anderen sei die Zunahme des Rechtsextremismus massiv unterschätzt worden. Man habe den Rechtsextremisten unterstellt, nicht intelligent genug zu sein, terroristische Strukturen zu bilden. Was ihm aber am meisten Sorgen macht, ist die fatale Fehleinschätzung der Polizei, die da lautete: Diese Morde haben mit der

Gesellschaft nichts zu tun. So habe man die Täter im Umfeld der Opfer gesucht. Aufschlussreich sind schon die Namen der Kommissionen, die nach den Morden der NSU ermittelten: Sie hießen „Halbmond“ oder „Bosporus“. Man habe sogar die Aussagen der Hinterbliebenen in Zweifel gezogen und diese, nach dem Verlust eines Angehörigen, zum zweiten Mal zum Opfer gemacht. „In einem demokratischen Rechtsstaat gibt es zwei Kernver-

sprechen: alles zu tun, seine Einwohner vor Straftaten zu schützen, und wo sie sich nicht verhindern lassen, diese objektiv und unvoreingenommen aufzuklären. Beide Versprechen sind gebrochen worden“, sagte Edathy.

Eine Aufgabe des Untersuchungsausschusses sieht er darin, verlorenes Vertrauen in den Rechtsstaat zurückzugewinnen. Seiner Meinung nach müssen mehr Menschen mit Migrationshinter-

grund in den Sicherheitsbehörden arbeiten. Edathy plädiert für Ausstiegsprogramme für Rechtsextreme und für Präventionsarbeit. „Auch Beate Zschäpe ist nicht als Rechtsradikale geboren worden“, sagt er. Deshalb sei es „unerträglich, wenn Programme, die den Einstieg verhindern sollen, ums finanzielle Überleben kämpfen müssen“. Es war eine nachdenkliche Zuhörerschaft, von der sich der SPD-Politiker verabschiedete.

Zur Person

Der SPD-Politiker Sebastian Edathy, Jahrgang 1969, wurde als Sohn eines aus Kerala in Indien stammenden evangelischen Pastors und einer deutschen Mutter in Hannover geboren. Seit 1998 ist Edathy Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2000 bis 2005 war er Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Fraktion. Aktuell ist er Mitglied des Bundestags-Rechtsausschusses. Seit 2012 leitet er den Untersuchungsausschuss zur Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). *fb1*



Sebastian Edathy, Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses, sprach im Peter-Joerres-Gymnasium vor Schülern und Soldaten. Foto: Frieder Bluhm